



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

Aktuelle Trends

Udo Ludwig

Das IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland

Joachim Ragnitz

Solidarpakt: Aufbaugerechte Verwendung
der Mittel noch nicht gewährleistet

Klaus Weyerstraß

Übermäßige Lohnsteigerungen dämpfen
die Investitionstätigkeit

Ibolya Mile

IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen
in Mittel- und Osteuropa:
Risikopotenzial wieder angestiegen

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im Oktober 2003

Bärbel Laschke

IWH-Industrienumfrage im November 2003

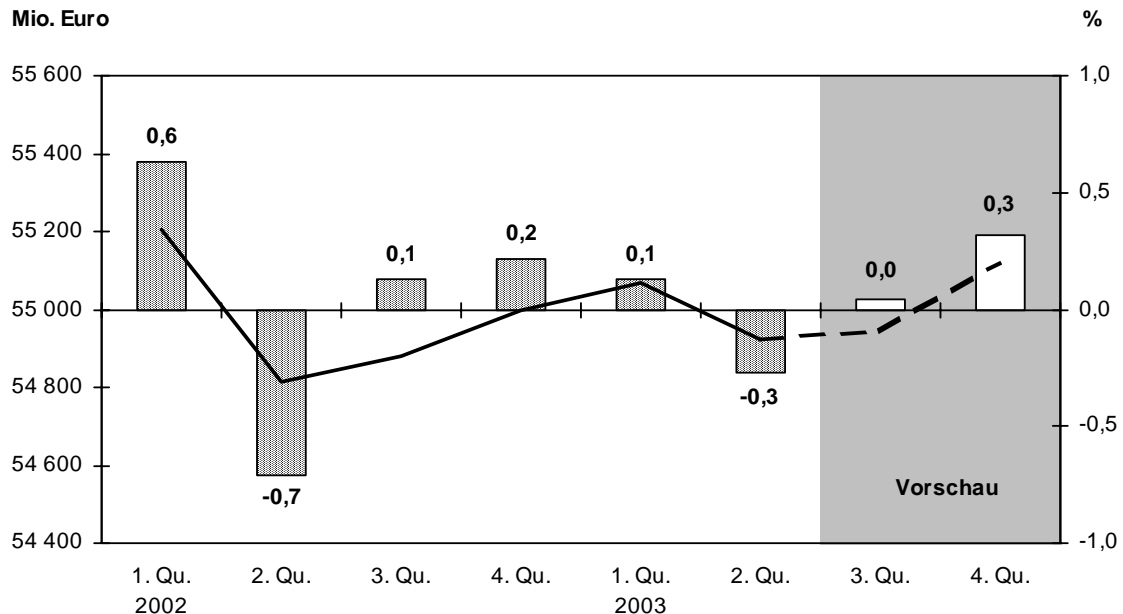
16/2003

10.12.2003, 9. Jahrgang

IWH-Konjunkturbarometer

Ostdeutsche Wirtschaft löst sich zögerlich aus der Stagnation

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %
- kalender- und saisonbereinigter Verlauf -



Quelle: Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland.

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland hat laut dem Konjunkturbarometer des IWH die Schwäche vom Sommerhalbjahr überwunden und nimmt im Schlussquartal wieder zu. Im Vergleich zu 2002 insgesamt bedeutet dies einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr von 0,3%. Quelle dieser Ergebnisse ist die Vierteljahresrechnung des IWH für die Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in den neuen Bundesländern, die an die Halbjahresentwicklung laut der amtlichen VGR der Länder angepasst und anhand aktueller sektoraler Indikatoren für die beiden letzten Quartale des Jahres 2003 geschätzt wurde (vgl. Kasten).

Das positive Jahresergebnis wird zwar von der Industrie geprägt. Nach einem guten Start in das Jahr hat aber das Verarbeitende Gewerbe in den folgenden Monaten das schwache konjunkturelle Umfeld zu spüren bekommen und ist erst zuletzt wieder auf Expansion eingeschwenkt. Die Bauleistungen haben dagegen nach dem tiefen Einbruch in den Wintermonaten zu Beginn des Jahres aufgeholt. Die Impulse von der Beseitigung der Flutschäden und von den Debatten um die Kürzung oder sogar Streichung der Eigenheimzulage sind allerdings gering geblieben. Insgesamt hat die bremsende Wirkung des Baugewerbes auf das Bruttoinlandsprodukt im Verlauf des Jahres nachgelassen.

Die Aktivitäten der Bereiche Handel und Gastgewerbe sowie konsumnahe Dienstleistungen waren im Sommerhalbjahr wegen der rückläufigen Einkommensentwicklung der privaten Haushalte abwärts gerichtet und dürften sich angesichts der vagen Aussicht auf Steuersenkungen bis zum Jahresende nur wenig erhöhen. Die Verkehrsleistungen und die Aktivitäten der unternehmensnahen Dienstleister haben vor allem infolge der schwachen Entwicklung im Produzierenden Gewerbe in den Sommermonaten nur wenig zugenommen. Der Druck der knappen Kassen hat den Personalabbau bei den Anbietern öffentlicher Dienstleistungen verstärkt, sodass in diesem Bereich die Wertschöpfung erneut zurückgegangen ist.

Udo.Ludwig@iwh-halle.de

Das IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland

Die amtliche Statistik in Deutschland stellt eine Vielzahl von unterjährigen Informationen bereit, die eine mehr oder weniger vollständige und zeitnahe Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung erlauben. Zentrale Bedeutung kommt dabei dem Bruttoinlandsprodukt als dem Kernstück der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu. Für Deutschland insgesamt werden das Bruttoinlandsprodukt sowie seine Entstehungs- und Verwendungskomponenten im vierteljährlichen Rhythmus ermittelt. Für Länder und Gebietsteile gibt es im unterjährigen Bereich kaum derart zusammenfassende Angaben. Erst nach Ablauf eines Kalenderjahres legt der Arbeitskreis VGR der Länder Jahreswerte für das Bruttoinlandsprodukt der Bundesländer und dessen Entstehungskomponenten in aggregierter Form vor. Gegen Ende des dritten Quartals werden außerdem bereits Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe für das erste Halbjahr mitgeteilt. Die Informationslücke hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Lage und Entwicklung im unterjährigen Bereich zu verringern, hat das IWH eine vereinfachte vierteljährliche Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland (ohne Berlin) aufgebaut, deren Angaben die Grundlage für das IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland bilden.^a

Das Konjunkturbarometer zeigt die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in den abgelaufenen Quartalen und im laufenden Quartal eines Kalenderjahres an. Damit geht es über die Informationen hinaus, die Frühindikatoren liefern, die meist nur Aussagen über die Richtung, nicht jedoch über die Stärke der wirtschaftlichen Entwicklung erlauben. Das Barometer dient vor allem der Diagnose der wirtschaftlichen Entwicklung und ermöglicht, zu einem frühen Zeitpunkt ein zusammenfassendes Urteil über die gesamtwirtschaftliche Lage und Entwicklung in Ostdeutschland zu bilden. Das Barometer soll künftig vierteljährlich berechnet werden. Die Vorschau auf die Entwicklung im laufenden Quartal bedeutet einen Vorlauf von drei Monaten vor Veröffentlichung der amtlichen Indikatoren.

Die Berechnung des Konjunkturbarometers beruht auf einem indikatorgestützten Fortschreibungsverfahren, mit dem die zuletzt von der amtlichen Statistik originär berechneten Jahreswerte mittels geeigneter Indikatoren auf Quartale aufgeteilt und anhand aktueller Entwicklungsreihen in die Gegenwart und nahe Zukunft extrapoliert werden. Das Bruttoinlandsprodukt wird von der sektoralen Bruttowertschöpfung abgeleitet. Die sektorübergreifenden Komponenten des Bruttoinlandsprodukts (die unterstellte Bankgebühr und der Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen) werden – wie im Regelwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgesehen – proportional über den Anteil der ostdeutschen unbereinigten Bruttowertschöpfung an der für Deutschland amtlich ermittelten bzw. prognostizierten unbereinigten Bruttowertschöpfung errechnet. Für die Fortschreibung der Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftssektoren liegen Schätzmethoden vor. Dabei kann im Produzierenden Gewerbe auf gebietsspezifische Konjunkturindikatoren zurückgegriffen werden, die das Statistische Bundesamt bereitstellt. Vergleichbare Informationen fehlen für den Dienstleistungsbereich, so dass bei einigen marktbestimmten Dienstleistungen (Handel, Gastgewerbe und Verkehr) die von der amtlichen Statistik ermittelten deutschlandweiten Angaben als Orientierungsgrößen verwendet werden. Auf nichtamtliche regionale Umfragedaten gestützte Zu- oder Abschläge führen zur näherungsweise Bestimmung der Entwicklungstendenz in Ostdeutschland. Für die Sektoren Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister sowie die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung wird auf zeitnahe Stichproben zum Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. auf die Statistik der Personalausgaben zurückgegriffen. Die Ursprungswerte der Reihen werden nach dem Census X-12-Arima Verfahren kalender- und saisonberei-

nigt, so dass die Zuwachsraten sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch gegenüber dem Vorjahresquartal sinnvoll berechnet werden können. Im Ergebnis entsteht ein Konjunkturbarometer, das die aktuellen Entwicklungen zeitnah widerspiegelt.^b

Tabelle:

Wirtschaftszweige mit gebietsspezifischen Indikatoren

Wirtschaftszweig	Vergangenheit	Vorschau
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	Produktionsindex	
Verarbeitendes Gewerbe	Produktionsindex Umsatz* Geschäftslage**	Auftragseingangsindex Geschäftsaussichten**
Energieversorgung	Produktionsindex Umsatz	
Bauhaupt- und Ausbaugewerbe	Produktionsindex (nur Bauhauptgewerbe) Arbeitsstunden Bauinvestitionen Geschäftslage**	Auftragseingangsindex (nur Bauhauptgewerbe) Geschäftsaussichten**
Dienstleistungsgewerbe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
Öffentlicher Sektor	Personalausgaben	

* Einschließlich Umsatz des Bereichs Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. – ** Laut IWH-Umfragen.

Mit der Fortschreibungsmethode können nur vorläufige Angaben ermittelt werden. Jede Neuberechnung vergangener Werte durch die amtliche Statistik führt auch zu nachträglichen Änderungen der Zuwachsraten laut Konjunkturbarometer. So werden vor allem die Jahreswerte für das Bruttoinlandsprodukt und seine Entstehungskomponenten rückwirkend regelmäßig sowohl an die originär ermittelten als auch an die in verschiedenen Phasen fortgeschriebenen Daten des Arbeitskreises VGR der Länder angepasst.

Udo.Ludwig@iwh-halle.de

^a Vgl. Brautzsch, H.-U.; Ludwig, U.: Vierteljährliche Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland: Sektorale Bruttowertschöpfung, IWH-Diskussionspapier Nr. 164. Halle 2002.

^b Zur Kontrolle der Ergebnisse für das Produzierende Gewerbe wird der vom IWH ermittelte Frühindikator verwendet, in dessen Berechnung die Umfrage- und Auftragseingangsdaten sowie die Zinsstruktur eingehen. Vgl. Weyerstraß, K.: Ein Frühindikator der Entwicklung im produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands, IWH-Diskussionspapier Nr. 144. Halle 2001.

Solidarpakt: Aufbaugerechte Verwendung der Mittel noch nicht gewährleistet

Eine Analyse der „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ der ostdeutschen Länder¹ zeigt, dass die aufbaugerechte Verwendung der vom Bund gewährten Zuweisungen vielerorts nicht gewährleistet ist. Stattdessen werden die Mittel zu einem guten Teil zur Deckung unvorhergesehener Haushaltsdefizite verwendet. Auch wenn dies den Ländern nur zum Teil anzulasten ist, offenbaren die Fortschrittsberichte die Notwendigkeit eines Umsteuerns in der Finanzpolitik.

Im Jahre 2001 haben sich Bund und ostdeutsche Länder auf den so genannten Solidarpakt II verständigt, nach dem den Ländern auch nach Auslaufen des Solidarpaktes I für einen Zeitraum von 15 Jahren weiterhin erhebliche Bundesmittel als Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) zufließen werden. Ein wesentliches Ergebnis der damaligen Neuregelung war der Verzicht des Bundes auf eine Mitsprache bei der Verwendung dieser Transfers; vielmehr wurde die Verantwortung für die „aufbaugerechte Verwendung“ der Mittel den ostdeutschen Ländern übertragen. Allerdings bestand zwischen Bund und Ländern Einigkeit darüber, dass diese „aufbaugerechte Verwendung“ darin besteht, den infrastrukturellen Nachholbedarf in den ostdeutschen Ländern und Gemeinden bis zum Jahre 2019 abzubauen. Die ostdeutschen Länder haben sich im Gegenzug für den Verzicht des Bundes auf eine Zweckbindung der Transfers verpflichtet, in jährlichen „Fortschrittsberichten“ über die Erfolge bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der Mittel und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder- und Kommunalhaushalte zu berichten.

Der Verzicht auf die Zweckbindung der Mittel und damit auch die Verpflichtung zur Erstellung von Fortschrittsberichten wurde auch für die Auslaufperiode des Solidarpaktes I verabredet. Der erste dieser Berichte (für das Jahr 2002) liegt jetzt für alle Länder vor. Dies gibt Anlass zu prüfen,

wie die einzelnen Länder die ihnen zufließenden SoBEZ verwendet haben. Im Vorfeld der Solidarpaktverhandlungen wurde nämlich häufig die Sorge geäußert, dass die ostdeutschen Länder die ihnen auferlegte Verpflichtung zur „aufbaugerechten Verwendung“ der erhaltenen Mittel nicht besonders ernst nehmen und einen nicht unbeträchtlichen Teil der SoBEZ für konsumtive Zwecke verwenden, zumindest aber eine Substitution der eigenen Investitionsmittel durch Solidarpaktmittel vornehmen.²

Der Bedarf für eine solche Untersuchung besteht vor allem auch deshalb, weil die Länder ihren Fortschrittsberichten unterschiedliche Konzepte und Methoden zugrundegelegt haben, sodass die Angaben der einzelnen Länder untereinander nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Zwar hat inzwischen auch die Bundesregierung eine zusammenfassende Bewertung der Länderfortschrittsberichte vorgenommen, doch werden hierbei teilweise recht enge Bewertungsmaßstäbe angelegt.³

Uneinheitliche Vorgehensweise der Länder

Bis zum Jahresende 2004 gelten die Regelungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms⁴ von 1993, nach denen die gewährten SoBEZ allgemein für den Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft verwendet werden sollen. Erst ab dem Jahre 2005 erfolgt die im Solidarpaktfortführungsgesetz (SFG) festgelegte Einengung der „teilungsbedingten Sonderlasten“ auf den fortbestehenden „infrastrukturellen Nachholbedarf“.

Was „teilungsbedingte Sonderlasten“ sind, wird von den einzelnen Ländern indes äußerst unterschiedlich interpretiert. Sachsen bezieht im Vor-

¹ Diese sind nicht zu verwechseln mit dem „Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institut über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland“, der Mitte November 2003 vorgelegt worden ist. Vgl. IWH, Wirtschaft im Wandel 15/2003.

² Vgl. z. B. RAGNITZ, J.: Überlegungen zur Ausgestaltung eines Solidarpaktes II für die neuen Bundesländer. IWH-Diskussionspapier Nr. 130. Halle, Dezember 2000.

³ Die Fortschrittsberichte der einzelnen Länder sind auf den Internetseiten der jeweiligen Landesfinanzministerien verfügbar. Die Stellungnahme der Bundesregierung wurde bisher nicht öffentlich gemacht.

⁴ Die darin noch enthaltene Zweckbindung eines Teils der Mittel im Rahmen des Investitionsförderungsgesetz „Aufbau Ost“ wurde mit dem Solidarpaktfortführungsgesetz ab dem Jahr 2002 aufgehoben.

griff auf die ab 2005 geltenden Regelungen in seinen Verwendungsnachweis lediglich die Investitionsausgaben ein, während die übrigen Länder zusätzlich auch die Ausgaben berücksichtigen, die den ostdeutschen Ländern durch die Überführung der in der DDR existierenden Zusatzversorgungssysteme für bestimmte Berufsgruppen bzw. der Sonderversorgungssysteme für Polizei, Feuerwehr und Strafvollzug in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen.⁵ Diese Ausgaben – die in jüngster Zeit äußerst stark zugenommen haben – stellen in der Tat eine teilungsbedingte Sonderlast dar, die noch für geraume Zeit einen erheblichen Teil der finanziellen Mittel der Länder binden wird (beispielsweise machen diese Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 10% der Steuereinnahmen aus). Allerdings dienen diese Zahlungen nicht der Verbesserung der Standortbedingungen in den neuen Ländern, sodass es nur konsequent erscheint, wenn im Zuge der Bestrebungen, den Ländern erhöhte Verantwortung für das Gelingen des Aufbau Ost zuzuweisen, diese Leistungen ab dem Jahr 2005 nicht länger durch SoBEZ gedeckt werden können. Unberührt davon ist freilich die Frage, inwieweit es überhaupt vertretbar ist, die Länder mit der Erstattung der Leistungen nach dem AAÜG zu belasten.

Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen wiesen darüber hinaus die Beteiligung an den Zins- und Tilgungszahlungen für die kommunalen Altschulden in Höhe von jeweils 17,9 Mio. Euro als teilungsbedingte Sonderlast aus. Teilweise wird schließlich darauf hingewiesen, dass auch Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik oder die Sanierung von Umweltaltlasten eine teilungsbedingte Sonderbelastung der Länder und Kommunen darstellen würden; es wird aber von keinem Land der Versuch unternommen, auch diese Ausgaben auf die SoBEZ anzurechnen.⁶

Im Folgenden werden nur die Investitionsausgaben, die Ausgaben zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft und die Zahlungen nach dem AAÜG als „teilungsbedingte Sonderlast“ angesehen, um auf diese Weise zu einem einheitlichen Bewertungsmaßstab für die einzelnen Länderberichte zu kommen.

Kern der Berichtspflicht der Länder ist der Nachweis der zweckentsprechenden Mittelverwendung, wobei – da die Fortführung des Solidarpaktes primär durch den bestehenden „infrastrukturellen Nachholbedarf“ motiviert war – der Anteil der auf Investitionen entfallenden SoBEZ von besonderem Interesse ist. Die für die Ermittlung der investiven Verwendung anzuwendenden Methoden sind im Vorfeld zwischen Bund und Ländern abgestimmt worden. Das „einheitliche Berechnungsschema“ zählt hierzu die Investitionsausgaben für die Infrastruktur (HGr. 7, OGr. 81, 82, 88 und 89 des Gruppierungsplans), korrigiert um die Einnahmen für Investitionen (OGr. 33 und 34)⁷ sowie die anteilige Nettokreditaufnahme (OGr. 32 abzüglich OGr. 83, 85, 86 und 87). Inwieweit diese Berechnungsvorschrift sinnvoll ist, mag man freilich bezweifeln: Zum einen impliziert dies eine ausschließliche Kreditfinanzierung der in den OGr. 83, 85, 86 und 87 zusammengefassten Ausgaben (u. a. Beteiligungserwerb), und es ist nicht eindeutig geregelt, inwieweit z. B. Darlehensrückflüsse berücksichtigt werden sollen. Zum anderen ist nicht einzusehen, weshalb die in OGr. 89 erfassten Investitionszuschüsse an Unternehmen als Investitionen zur Deckung des infrastrukturellen Nachholbedarfs gewertet werden; zumindest ab dem Jahre 2005 (wenn die Einschränkungen des Solidarpaktes II greifen) sollten diese Investitionen nicht länger berücksichtigt werden. Wichtiger noch ist allerdings die diesem Berechnungsschema innewohnende Mechanik: Unvorhergesehene und deswegen kurzfristig kaum durch Ausgabenkürzungen abzufedernde Einnahmeausfälle führen quasi automatisch dazu, dass der auf die Infrastrukturinvestitionen entfallende Anteil des Finanzierungsdefizits steigt und damit die den SoBEZ zugerechneten Infrastrukturinvestitionen abnehmen. Eine alleinige Be-

⁵ Rechtsgrundlage dieser Zahlungen ist das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG). Zu einer ökonomischen Bewertung der finanziellen Auswirkungen der dort getroffenen Regelungen vgl. SEITZ, H.: Die Leistungen der neuen Länder im Rahmen des AAÜG – Bestimmungsgründe und Belastungsdynamik. Gutachten im Auftrag der ostdeutschen Länder, o. O. 2003.

⁶ Ohnehin wird der Großteil dieser Leistungen vom Bund bzw. der Bundesanstalt für Arbeit finanziert.

⁷ Hierbei handelt es sich primär um Investitionszuweisungen von Bund und Europäischer Union.

trachtung der durch SoBEZ finanzierten Investitionen kann daher ein falsches Bild über die Solidität des Haushaltsgebahrens der einzelnen Länder vermitteln, und es ist zumindest auch das absolute Niveau der Investitionsausgaben insgesamt bei der Bewertung mit zu betrachten.

Mit der Vereinbarung eines einheitlichen Bewertungsschemas sollte offenkundig der Versuch unternommen werden, die Fortschrittsberichte der einzelnen Länder vergleichbar zu machen. Dies ist allerdings kaum als gelungen zu bezeichnen, denn bei näherem Hinsehen zeigen sich bei der Berechnung der durch SoBEZ finanzierten Investitionen erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern:

- Der Freistaat Sachsen wendet zwar grundsätzlich das vereinbarte Vorgehen an, bereinigt aber seine Angaben um die Effekte der Hochwasserkatastrophe vom August letzten Jahres. Zur Beseitigung der Schäden hat das Land rund 610 Mio. Euro aus dem Aufbauhilfefonds bzw. dem EU-Solidaritätsfonds erhalten, die überwiegend für Investitionen (Baumaßnahmen und Investitionsförderungsmaßnahmen) verwendet wurden. Der Vergleich mit den anderen Ländern ist hierdurch beeinträchtigt, weil die anderen von der Flut betroffenen Länder (insbesondere Sachsen-Anhalt) dieser Vorgehensweise nicht folgen.⁸
- Mit Ausnahme Sachsens und Thüringens ziehen die ostdeutschen Länder abweichend vom vereinbarten Berechnungsschema nicht die Nettokreditaufnahme, sondern den Finanzierungssaldo (Differenz zwischen bereinigten Ausgaben und Einnahmen) zur Berechnung der SoBEZ-Verwendung heran. Im Interesse einer jahresgenauen Erfassung von Ausgaben und Einnahmen scheint diese Vorgehensweise sinnvoll, weil die Nettokreditaufnahme auch periodenfremde Zahlungsvorgänge enthalten kann. So fällt auch im Berichtsjahr der Finanzierungssaldo in allen Ländern höher aus als die Nettoneuverschuldung, weil unvorhergesehene

Aufgaben zum Teil den Haushalten der Folgejahre angelastet werden.

- Thüringen legt seinen Rechnungen lediglich die Ausgaben und Einnahmen des Landes zugrunde und verzichtet auf eine Darstellung der konsolidierten Ausgaben von Land und Kommunen.
- Besonders problematisch ist schließlich die Vorgehensweise Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs, unerwartete Steuerminderungen in Höhe von 377 Mio. Euro (Mecklenburg-Vorpommern) bzw. 326 Mio. Euro (Brandenburg.) bei der Ermittlung des Finanzierungsdefizits unberücksichtigt zu lassen. Damit wird der Anteil der SoBEZ, der dem Abbau der Infrastrukturlücke dient, zu hoch ausgewiesen. Die von Brandenburg hierfür gegebene Begründung, dass diese Mittel den Haushalt der beiden Folgejahre belasten würden, ist nicht überzeugend, weil mit der Wahl des Finanzierungssaldos als Rechengröße ja gerade die jahresgerechte Zurechnung von Haushaltsfehlbeträgen als implizites Ziel definiert wurde.

Ein Teil der SoBEZ dient seiner Intention nach überdies zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft. Auch wenn eine rechtliche Fixierung des hierfür vorgesehenen Betrages nicht erfolgt ist, sollen entsprechend der Ergebnisse der Solidarpakt-II-Verhandlungen im Juni 2001 rund 1,9 Mrd. Euro jährlich hierfür bereitgestellt werden. Demnach entspricht der von den Ländern aus SoBEZ an die Kommunen weiterzuleitende Betrag etwa 110 Euro je Einwohner.

Tatsächlich stellt allerdings nur Sachsen eben diese Rechnung an. Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ermitteln in einem mehrstufigen Rechenverfahren unter Berücksichtigung der im Länderfinanzausgleich geleisteten Ausgleichszahlungen den Anteil der SoBEZ, der auf den Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft entfällt. Allerdings ist die dabei angewandte Rechnung nicht überzeugend, weil teilweise andere Konzepte gewählt werden als im Länderfinanzausgleich, dessen Schwächen letzten Endes ausschlaggebend für die Gewährung von SoBEZ zum Ausgleich der kommunalen Finanzkraftlücke gewesen sind. Thüringen schließlich verweist in seinem Bericht lediglich auf die Vorschriften des Thüringischen Finanzausgleichsge-

⁸ Die mangelnde Vergleichbarkeit ist allerdings nur für die Investitionsausgaben insgesamt gegeben, weil die Verbuchung der Flutopferhilfen als zweckgebundene Zuweisungen dazu führt, dass die Nettorechnung hiervon unberührt bleibt.

Tabelle:

Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in den ostdeutschen Flächenländern im Jahre 2002

- Euro je Einwohner -

		Sachsen-Anhalt ^a	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Brandenburg	Thüringen
		Investive Ausgaben				
1	Investitionsausgaben	928	988	1063 ^b	946	918
2	empfangene Investitionszuweisungen	351	369	437 ^b	302	346
3	eigenfinanzierte Investitionen (1./2)	577	619	625	643	573
4	anteiliger Finanzierungssaldo	637	578	192	553	448
5	auf SoBEZ entfallende Investitionsausgaben (3./5)	-60	41	433	90	124
6	<i>Nachrichtlich:</i> Angaben der Länder	-69	351	371	244	111 ^c
		Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft				
7	vorgesehene Verwendung lt. Solidarpakt II-Protokoll	111	111	111	111	111
8	<i>Nachrichtlich:</i> Angaben der Länder	115	176	113	156	335 ^c
		sonstige teilungsbedingte Sonderlasten				
9	Zahlungen im Rahmen des AAÜG ^d	184	176	167	178	161
10	<i>Nachrichtlich:</i> Angaben der Länder	184	186 ^e	-	178	168 ^{c,e}
		Insgesamt				
11	vereinbarungsgemäße Verwendung (5+7+9)	235	328	711	379	396
12	Empfangene SoBEZ insgesamt	648	635	630	577	629
13	<i>Nachrichtlich:</i> vereinbarungsgemäße Verwendung in % der SoBEZ insgesamt	36,3	51,7	112,8	65,6	63,0

^a Ausgaben für Sachsen-Anhalt durch Korrekturbuchungen nach Regierungswechsel nicht mit denen der anderen Länder vergleichbar. –

^b Einschließlich Ausgaben/zweckgebundene Zuweisungen für Beseitigung von Flutschäden. – ^c Nur Landesebene. – ^d Einordnung als teilungsbedingte Sonderlast nur während der Laufzeit des Solidarpaktes I möglich. – ^e Einschließlich Zahlungen an Erblastentilgungsfonds.

Quellen: Fortschrittsberichte der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

setzes und verzichtet auf eine detaillierte Darstellung. Hier werden neben einem durch Landesgesetz festgelegten Anteil von 34% der SoBEZ (513 Euro) zusätzliche Zuführungen aus dem Landeshaushalt (281 Mio. Euro) als Ausgleichsbetrag definiert.

Weshalb die Länder sich hierbei nicht auf eine abgestimmte Berechnungsweise haben verständigen können, erscheint rätselhaft. Gerade weil offenkundig bei den Verhandlungen zum Solidarpakt II eine konkrete Vorstellung über den Anteil SoBEZ bestanden hat, der für den Ausgleich der

kommunalen Finanzkraft vorzusehen ist, erscheint lediglich die Vorgehensweise Sachsens überzeugend.

Eigene Berechnungen

Die Anmerkungen im vorangehenden Abschnitt zeigen bereits, dass die Fortschrittsberichte der Länder für sich genommen die ihnen zugedachte Funktion eines „Rechenschaftsberichts“ nicht erfüllen. Im Folgenden wird deshalb unter Zugrundelegung einheitlicher Kriterien untersucht, wie die einzelnen Länder (einschließlich ihrer Gemeinden) die SoBEZ verwendet haben. Die Rechnungen basieren dabei auf den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Angaben aus der Kassenstatistik der Länder und Gemeinden.⁹ Es wurde im Prinzip das zwischen Bund und Ländern vereinbarte Rechenschema verwandt, allerdings wurden bei einzelnen Positionen, bei denen die Rechenvorschriften ungenau oder sachlich nicht überzeugend waren, Modifikationen vorgenommen.¹⁰

Berlin bleibt im Folgenden unberücksichtigt, weil eine Aufteilung der Mittel auf den Ostteil und den Westteil der Stadt – wie es nach der Logik des Solidarpaktes erforderlich wäre – nicht möglich ist. Auf Vergleichsrechnungen für frühere Jahre wird verzichtet, da erst ab dem Jahr 2002 die SoBEZ insgesamt zweckfrei gewährt werden; insoweit wären zeitliche Vergleiche verzerrt.

Konzentriert man sich zunächst auf die Frage nach der investiven Verwendung der SoBEZ, so ist zuallererst festzustellen, dass sich die Pro-Kopf-Investitionsausgaben der Länder und Gemeinden in der vereinbarten Abgrenzung in allen betrachteten Ländern in einer ähnlichen Größenordnung bewegen. Die höchsten Investitionen je Einwohner weist dabei Sachsen auf, doch spiegeln sich hierin auch die Ausgaben zur Beseitigung der Flutschä-

den wider – ohne diese läge der Wert für Sachsen bei 936 Euro und damit in etwa gleichauf mit den anderen ostdeutschen Flächenländern. Da die flutbedingten Investitionen aber nicht wirklich dem Abbau des infrastrukturellen Nachholbedarfs dienen, relativiert sich das bei alleiniger Betrachtung der (unbereinigten) Investitionsausgaben eher positive Bild für Sachsen.

Die eigenfinanzierten Investitionen hingegen liegen – je Einwohner gerechnet – in Thüringen und Sachsen-Anhalt deutlich niedriger als in den anderen Flächenländern. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Investitionszuweisungen an den Gesamtinvestitionen in diesen beiden Ländern vergleichsweise hoch ist. Offenbar fand hier eine gewisse „Substitution“ von eigenen Investitionsausgaben durch Investitionszuweisungen von anderen öffentlichen Ebenen statt. Die Investitionszuweisungen an Sachsen – die noch höher ausfallen – sind demgegenüber wiederum vor allem Reflex der Fluthilfen des Bundes und der EU; dementsprechend spiegelt sich das insgesamt überdurchschnittlich hohe Investitionsniveau in diesem Land in den eigenfinanzierten Investitionen nicht wider.

Nach Bereinigung um den anteiligen Finanzierungssaldo zeigt sich, dass die einzelnen Länder trotz weitgehend ähnlicher Investitionsniveaus in sehr unterschiedlichem Maße die frei verfügbaren SoBEZ zur Finanzierung ihrer Investitionen herangezogen haben. Während Sachsen rund zwei Drittel der empfangenen SoBEZ hierfür verausgabt hat, liegt der Anteil in Mecklenburg-Vorpommern nur bei gut 5%; Sachsen-Anhalt hat – rein rechnerisch – die SoBEZ ausschließlich für andere Zwecke ausgegeben. Allerdings spielt dabei auch die Offenlegung von Haushaltsfehlbeträgen aus der Amtszeit der Vorgängerregierung eine Rolle;¹¹ ohne diese läge die auf die SoBEZ entfallende Investitionssumme bei 19 Euro je Einwohner. Somit haben die meisten Länder offenbar die ihnen auferlegte Verantwortung für eine „aufbaugerechte Verwendung“ der SoBEZ nicht als bindende Restriktion verstanden – auch wenn zuzugestehen ist,

⁹ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 14, Reihe 2, Tabelle 4.1 (1.-4. Vierteljahr 2002).

¹⁰ Dies bezieht sich zum einen auf die Ermittlung des anteiligen Finanzierungsdefizits; Beteiligungen und Darlehensvergaben wurden hier mit den entsprechenden Rückzahlungen saldiert. Zum anderen wurde mangels hinreichend differenzierter Angaben darauf verzichtet, den Kauf von Kraftfahrzeugen bei der Berechnung der Infrastrukturausgaben abzuziehen. Der quantitative Effekt dieser Abweichungen von der Vorgehensweise der Länder ist vernachlässigbar.

¹¹ Das Land Sachsen-Anhalt hat für das Jahr 2002 eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts konstatiert, was eine höhere Neuverschuldung ermöglicht hat.

dass unerwartete Steuermindereinnahmen zu einer rechnerischen Verringerung der aus den SoBEZ finanzierten Infrastrukturausgaben beigetragen haben. Allerdings rechtfertigt das nicht den Versuch einzelner Länder, diese zweckfremde Verwendung der SoBEZ in ihren Fortschrittsberichten verschleiern zu wollen.

Die Ausgaben zur Deckung der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft – nach dem hier gewählten Konzept des Solidarpakt-II-Protokolls – liegt jeweils bei gut einem Sechstel der empfangenen SoBEZ. Die Länder geben hier in ihrem Bemühen, eine zweckentsprechende Verwendung der Leistungen nachzuweisen, zum Teil deutlich höhere Werte an. Wie erwähnt, sind die Rechnungen der Länder in diesem Punkt allerdings nicht eindeutig nachzuvollziehen. Schließlich entfällt ein Viertel bis ein Drittel der SoBEZ auf die Zahlungen an den Bund entsprechend den Vorgaben des AAÜG, die hier ebenfalls als „teilungsbedingte Sonderlasten“ angesehen werden.

Fazit

Nimmt man alles zusammen, so beläuft sich der Anteil der zweckentsprechenden Verwendung der SoBEZ im Durchschnitt aller ostdeutschen (Flächen)länder auf 73%. Sachsen gibt die SoBEZ vollständig für die hier als solidarpaktrelevant angesehenen Zwecke aus; Sachsen-Anhalt nur zu gut einem Drittel (unter Berücksichtigung des den Vorjahren zuzurechnenden Defizitanteils: knapp die Hälfte). Alles in allem ist festzustellen, dass in den meisten Ländern die SoBEZ nur zum Teil zum Abbau teilungsbedingter oder gar infrastruktureller Nachholbedarfe verwendet wurden, sondern vielmehr in beträchtlichem Umfang zur Deckung unvorhergesehener Einnahmeausfälle und damit zur

Finanzierung konsumtiver Ausgaben verwendet worden sind.

Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass Kürzungen bei den investiven Ausgaben für die Ländern und ganz besonders für die Kommunen im Regelfall die einzige Möglichkeit sind, auf derartige unvorhergesehene Einnahmeausfälle zu reagieren. Im Jahre 2002 hatten alle Gebietskörperschaften Steuereinbußen zu verkraften, die angesichts der fehlenden Flexibilität bei vielen Ausgabenpositionen notgedrungen zu einer Erhöhung der Verschuldung bzw. zu einer Verringerung der Investitionen führen musste. Bei dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Rechenschema schlägt sich beides in einem verringerten Anteil des durch SoBEZ finanzierten Investitionsanteils nieder. Dies spricht dafür, das Berechnungsschema künftig anzupassen, so beispielsweise indem auf die Haushaltsplanungen abgestellt wird oder eine mehrjährige Rechenschaftspflicht eingeführt wird. Bei solcherlei Anpassungen sollte zudem berücksichtigt werden, dass die SoBEZ primär dem Abbau infrastruktureller Defizite (und nicht der Förderung von Unternehmensinvestitionen) dienen sollen.

Letzten Endes stehen die ostdeutschen Länder und Kommunen aber unter dem Druck, ihr Haushaltsgebaren an die ihnen auferlegte Verantwortung für das Gelingen des Aufbau Ost anzupassen. Dieses Bewusstsein scheint mancherorts unzureichend entwickelt; hier fehlt offenbar der politische Wille oder die Kraft, konsumtive Ausgaben zugunsten der investiven Ausgaben einzuschränken. Auch Anpassungen des Rechenschemas ändern nichts daran, dass in einer Reihe von Ländern dieses Umschwenken des finanzpolitischen Kurses noch erfolgen muss.

Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de

Übermäßige Lohnsteigerungen dämpfen die Investitionstätigkeit

Bezüglich der erwarteten Auswirkungen von Lohnsteigerungen auf die Investitionstätigkeit bestehen kontroverse Ansichten. Die Verfechter des Kaufkraftarguments erwarten von hohen, über die Zunahme der Arbeitsproduktivität hinausgehenden

Lohnsteigerungen eine Stärkung der Binnennachfrage mit positiven Wirkungen auf die Unternehmensinvestitionen. Auf der anderen Seite sehen die Vertreter des Kostenarguments vor allem die mit Lohnerhöhungen verbundenen Kostensteigerungen

mit negativen Konsequenzen für die Investitionstätigkeit. Ökonometrische Untersuchungen belegen, dass eine Realloohnerhöhung, die um einen Prozentpunkt über der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität liegt, den Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um 0,26 Prozentpunkte drückt. Lohnzurückhaltung fördert hingegen die Investitionstätigkeit.

Entwicklung von Löhnen, Produktivität und Investitionen

Wenn in der Vergangenheit in Deutschland die realen Arbeitskosten¹² stärker als die Arbeitsproduktivität zunahmen, sanken in der überwiegenden Zahl der Fälle im selben oder im folgenden Jahr die Ausrüstungsinvestitionen. Dies konnte auch im Jahr 2002 beobachtet werden. Dieser Befund legt die These nahe, dass Unternehmen auf übermäßige, d. h. nicht durch einen entsprechenden Produktivitätsfortschritt gedeckte Lohnerhöhungen mit einer Verringerung ihrer Investitionen reagieren.¹³ Das lässt sich damit begründen, dass Lohnsteigerungen, die über das Produktivitätswachstum hinausgehen, gleichbedeutend sind mit einer Zunahme der Lohnstückkosten, was mit einem Rückgang der Gewinnmargen verbunden ist. Im vorliegenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie sich übermäßige Lohnsteigerungen auf Investitionstätigkeit auswirken. Dabei gilt es zu bedenken, dass die Unternehmensgewinne neben Löhnen auch von anderen Kosten sowie der Höhe der Absatzpreise abhängen. Zudem sind für die Investitionsentscheidungen neben Kostenbetrachtungen auch andere Faktoren relevant. Hier sind insbesondere Erwartungen bezüglich der künftigen Absatzmöglichkeiten sowie die Struktur und Höhe des bestehenden Kapitalstocks zu nennen. Gleichwohl bilden Arbeitskosten einen gewichtigen Einflussfaktor des Investitionsverhaltens.

¹² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde, bereinigt um die Entwicklung des Erzeugerpreisindex.

¹³ Auf Basis von Unternehmensdaten konnte dieser Zusammenhang für Ostdeutschland nachgewiesen werden. Vgl. LEHMANN, H.: Lohnsteigerungen keine „Produktivitätspeitsche“: Eine Untersuchung für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2003, S. 22-26.

Theoretische Zusammenhänge

Häufig bilden Sachinvestitionen die Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Daher können von einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik auch positive Wirkungen auf die Sachkapitalbildung erwartet werden. Bei der Beurteilung der Lohnpolitik müssen Nachfrage- und Kosteneffekte berücksichtigt werden. Definitionsgemäß verringern sich die Lohnstückkosten, wenn die Arbeitskosten in geringerem Ausmaß steigen als die Produktivität. Ein Teil der zusätzlichen Gewinne wird ausgeschüttet, während der Rest im Unternehmen verbleibt. Aus den ausgeschütteten Gewinnen entsteht Einkommen, das zum Teil in die Konsumnachfrage fließt. Da die Konsumenten, die hauptsächlich Gewinneinkommen beziehen, im Allgemeinen eine geringere Konsumneigung aufweisen als diejenigen, die vornehmlich Lohneinkommen erhalten, dürfte dieser Nachfrageimpuls geringer sein als jener, der sich bei einer stärkeren Lohnerhöhung einstellen würde. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass indirekt auch die nicht ausgeschütteten Gewinne nachfragewirksam werden; sie werden am Kapitalmarkt angelegt und stehen somit gesamtwirtschaftlich für die Finanzierung von Investitionen zur Verfügung.

Nach dem hauptsächlich von den Gewerkschaften vertretenen Kaufkraftargument würden die Gewinnerwartungen der Unternehmen wegen des Nachfragemangels sinken, sodass kein Anlass für Erweiterungsinvestitionen bestünde. Zudem sei kein Anreiz für Rationalisierungsinvestitionen gegeben, da die relativen Arbeitskosten abnehmen. Alles in allem führt somit gemäß dieser Argumentationslinie Lohnzurückhaltung zu einem Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, der sich durch negative Multiplikatoreffekte noch verstärkt.

Es sind jedoch noch weitere Wirkungen einer Lohnstückkostensenkung zu berücksichtigen. So erhöht sich durch die Gewinnsteigerung die Eigenkapitalbasis der Unternehmen. Dadurch verbessern sich die Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen. Zudem bewirken höhere Gewinne eine Zunahme des Unternehmenswertes, sodass die Anteilseigner einen Vermögenszuwachs erfahren. Dies wirkt wiederum positiv auf den Konsum. Darüber hinaus gilt es zu bedenken, dass auch bei einem

Lohnanstieg, der hinter dem Produktivitätswachstum zurückbleibt, die Einkommen der Arbeitnehmer zu- und nicht etwa abnehmen. Es kommt also auch in diesem Fall zu einer Ausweitung der Konsumnachfrage von dieser Seite. Vor dem Hintergrund der verstärkten internationalen ökonomischen Integration kommt den Arbeitskosten besondere Bedeutung zu, da sie entscheidend die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft beeinflussen. Im globalen Wettbewerb sind die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen eng begrenzt. Ein relativ zum Ausland hoher Anstieg der Lohnstückkosten kann daher kaum auf die Preise überwälzt werden, sondern geht zu Lasten des Gewinns und führt somit zu einer Einschränkung von Beschäftigung und Investitionen im Inland. Lohnzurückhaltung hingegen wirkt positiv auf die Investitionsausgaben. Daraus entsteht unmittelbar Einkommen. Zudem werden direkt und indirekt neue Arbeitsplätze geschaffen, sodass ein positiver Multiplikatorprozess angestoßen wird.

Unter Abwägung der beschriebenen Wirkungskanäle kann davon ausgegangen werden, dass von Lohnzurückhaltung positive Wirkungen auf die Sachkapitalbildung ausgehen dürften. Ob dies tatsächlich der Fall ist, wird im Folgenden empirisch untersucht.

Produktivitätsanstieg als Richtgröße für die Lohnpolitik

Wenn eine aus übermäßigen Lohnerhöhungen resultierende Kostensteigerung nicht an anderer Stelle ausgeglichen werden kann, verschlechtert sich die Wettbewerbsposition der betroffenen Unternehmen. Gemäß der ökonomischen Theorie soll sich der Reallohn, also der um die Preisniveausteigerung bereinigte Nominallohn, im Einklang mit der Grenzproduktivität entwickeln. Bei der Grenzproduktivität handelt es sich um die Outputmenge, die mit dem Einsatz einer zusätzlichen Arbeitskraft bzw. Arbeitsstunde produziert wird. Die praktische Umsetzung dieses Konzeptes ist jedoch mit Schwierigkeiten behaftet. Zunächst einmal ist die Grenzproduktivität nicht direkt beobachtbar. Unter bestimmten Annahmen bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Produktionstechnologie entwickelt sie sich jedoch im Einklang mit der Durchschnittspro-

duktivität. Letztere kann aus den verfügbaren Daten ermittelt werden, indem die Produktionsmenge, also beispielsweise das reale Bruttoinlandsprodukt, durch die Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte oder, was ein genaueres Bild ergibt, die Zahl der Arbeitsstunden dividiert wird.

Neben der genannten Schwierigkeit bei der empirischen Umsetzung des theoretischen Ansatzes besteht das Problem, dass sich die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in einem konjunkturellen Abschwung rein rechnerisch erhöht, wenn Beschäftigung abgebaut wird. In diesem Fall steigt die in der Statistik ausgewiesene Produktivität, obwohl der einzelne Arbeiter nicht produktiver geworden ist. Ein solcher rein statistischer Produktivitätsfortschritt steht nicht für Lohnerhöhungen zur Verfügung. Aus diesem Grund muss die Wachstumsrate der Durchschnittsproduktivität der Arbeit noch um die Veränderung des Arbeitsvolumens bereinigt werden.¹⁴

Schließlich gilt es zu bedenken, dass sich die bisherigen Ausführungen auf die Entwicklung der Reallöhne beziehen. Die Tarifparteien verhandeln jedoch über die Anhebung der Nominallöhne. Daher stellt sich die Frage nach der Berücksichtigung der erwarteten Preissteigerungsrate. Im Blickpunkt des Interesses der Gewerkschaften steht dabei vor allem der Verbraucherpreisindex. Für die Beschäftigungs- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen sind jedoch nicht die Verbraucherpreise, sondern die Produzentenpreise maßgebend.

Zusammenfassend setzt sich also der Lohnerhöhungsspielraum aus dem um Beschäftigungsänderungen bereinigten Anstieg der Durchschnittsproduktivität sowie der erwarteten Steigerung der Absatzpreise der Unternehmen zusammen.

Empirischer Zusammenhang zwischen Lohnerhöhungen und Investitionen

Gemäß dem Kaufkraftargument müssten über den Produktivitätsfortschritt hinausgehende Reallohnzuwächse über eine steigende Gesamtnachfrage

¹⁴ Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Vor weitreichenden Entscheidungen. Jahresgutachten 1998/1999. Metzler-Poeschel. Stuttgart 1998, Ziffer 169 und S. 294 ff.

Kasten:

Zusammenhang zwischen den Wachstumsraten der Arbeitskosten, der Arbeitsproduktivität und der Anlage- bzw. Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum erstes Quartal 1971 bis zweites Quartal 2003

Gleichung 1: Ausrüstungsinvestitionen (t-Statistik in Klammern)

$$\text{WRAUS} = 0,31 + 0,75^{**} \text{WRAUS}_{-1} - 0,26^{*} (\text{WRREALLOHN} - \text{WRPROD}) + 14,33^{**} \text{D91}$$

(0,76) (14,17) (2,20) (3,66)

$R^2 = 0,72$ Dh = 1,48

Gleichung 2: Anlageinvestitionen (t-Statistik in Klammern)

$$\text{WRANL} = 0,47 + 0,61^{**} \text{WRANL}_{-1} - 0,20^{*} (\text{WRREALLOHN} - \text{WRPROD}) + 15,79^{**} \text{D91}$$

(1,37) (9,79) (2,04) (4,93)

$R^2 = 0,69$ Dh = -0,26

* bzw. ** bedeutet, dass der Koeffizient auf dem 5%-Niveau bzw. auf dem 1% - Niveau signifikant ist.
Die Durbin's h-Statistik ergibt keinen Hinweis auf Autokorrelation erster Ordnung.

Die Variablen und ihre Bedeutung:

WRANL	Wachstumsrate der realen Anlageinvestitionen gegenüber Vorjahresquartal
WRAUS	Wachstumsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen gegenüber Vorjahresquartal
WRREALLOHN	Wachstumsrate der Arbeitskosten je Arbeitnehmerstunde gegenüber Vorjahresquartal, abzüglich der Steigerungsrate des Erzeugerpreisindex
WRPROD	Wachstumsrate der bereinigten Arbeitsproduktivität gegenüber Vorjahresquartal
D91	Dummy für die deutsche Vereinigung, 1 im Jahr 1991, 0 sonst
R ²	Bereinigtes Bestimmtheitsmaß
Dh	Durbin's h-Test auf Autokorrelation erster Ordnung

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzungen und Berechnungen des IWH.

positive Effekte auf die Investitionstätigkeit ausüben. Demgegenüber sollten nach den Voraussagen laut Kostenargument hohe Reallohnsteigerungen in einer Verringerung der Investitionstätigkeit resultieren. Im Folgenden soll mittels Regressionsrechnungen der Einfluss von Lohnerhöhungen, die nicht durch einen entsprechenden Produktivitätszuwachs gedeckt sind, auf die Wachstumsrate der Investitionen empirisch abgeschätzt werden (siehe Kasten). Da hier der Zusammenhang zwischen der Veränderungsrate der Investitionen und Reallohn-erhöhungen interessiert, handelt es sich bei den Schätzfunktionen nicht um Investitionsfunktionen

im engeren Sinn. Die übrigen Variablen, die das Investitionsverhalten der Unternehmen beeinflussen, werden näherungsweise durch die Investitionen der Vorperiode erfasst.

Es werden separate Schätzungen für die Ausrüstungsinvestitionen sowie die gesamten Anlageinvestitionen durchgeführt. Letztere beinhalten neben den Ausrüstungsinvestitionen auch die Bauinvestitionen und die Investitionen in sonstige Anlagen. Die Wachstumsrate der Produktivität ist folgendermaßen definiert: Den Ausgangspunkt bildet die Bedingung, dass sich der Reallohn im Einklang mit der Grenzproduktivität entwickeln sollte. Da

die Grenzproduktivität nicht beobachtet werden kann, wird auf die Veränderungsrate der durchschnittlichen, um die Entwicklung des Arbeitsvolumens bereinigten Arbeitsproduktivität zurückgegriffen. Bei der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität handelt es sich um das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je eingesetzter Erwerbstätigenstunde. Der Arbeitseinsatz wird durch die geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen abgebildet.

In den ökonometrischen Schätzungen wird der Zusammenhang zwischen der Veränderung der Investitionen und dem nicht durch einen Anstieg der Produktivität gedeckten Zuwachs der realen Arbeitskosten untersucht. Die Arbeitskosten werden durch die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde abgebildet. Diese beinhalten neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und können somit als ein umfassendes Maß für die Arbeitskostenbelastung der Unternehmen angesehen werden. Da sich der Lohnerhöhungsspielraum aus der Produktivitätsentwicklung und der Preissteigerungsrate zusammensetzt, werden die Arbeitskosten noch mit dem Erzeugerpreisindex deflationiert.

Die Schätzungen zeigen, dass ein Anstieg der realen Arbeitskosten, der den Zuwachs der bereinigten Arbeitsproduktivität um einen Prozentpunkt übersteigt, unmittelbar zu einer Verringerung der Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen um

0,26 Prozentpunkte führt. Umgekehrt ist die Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen um 0,26 Prozentpunkte höher, wenn die Zunahme der realen Arbeitskosten um einen Prozentpunkt hinter dem Anstieg der bereinigten Produktivität zurückbleibt. Im Fall der gesamten Anlageinvestitionen beträgt der entsprechende Einfluss auf die Wachstumsrate der Investitionen 0,2 Prozentpunkte. Es handelt sich hier nicht um eine absolute Änderung der Investitionen, sondern um eine Veränderung der Wachstumsrate der Investitionen im Vergleich mit einer Situation, in der die realen Arbeitskosten im Einklang mit der bereinigten Arbeitsproduktivität gestiegen wären.

Fazit

In diesem Beitrag wurde der Zusammenhang zwischen der Wachstumsrate der Investitionen und Realloohnerhöhungen, die über das Produktivitätswachstum hinausgehen, untersucht. Die empirischen Ergebnisse bestätigen die von den Verfechtern des Kostenarguments erwarteten negativen Auswirkungen übermäßiger Lohnsteigerungen auf die Investitionstätigkeit. Lohnzurückhaltung fördert hingegen das Investitionswachstum.

Klaus.Weyerstrass@iwh-halle.de

IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Risikopotenzial wieder angestiegen

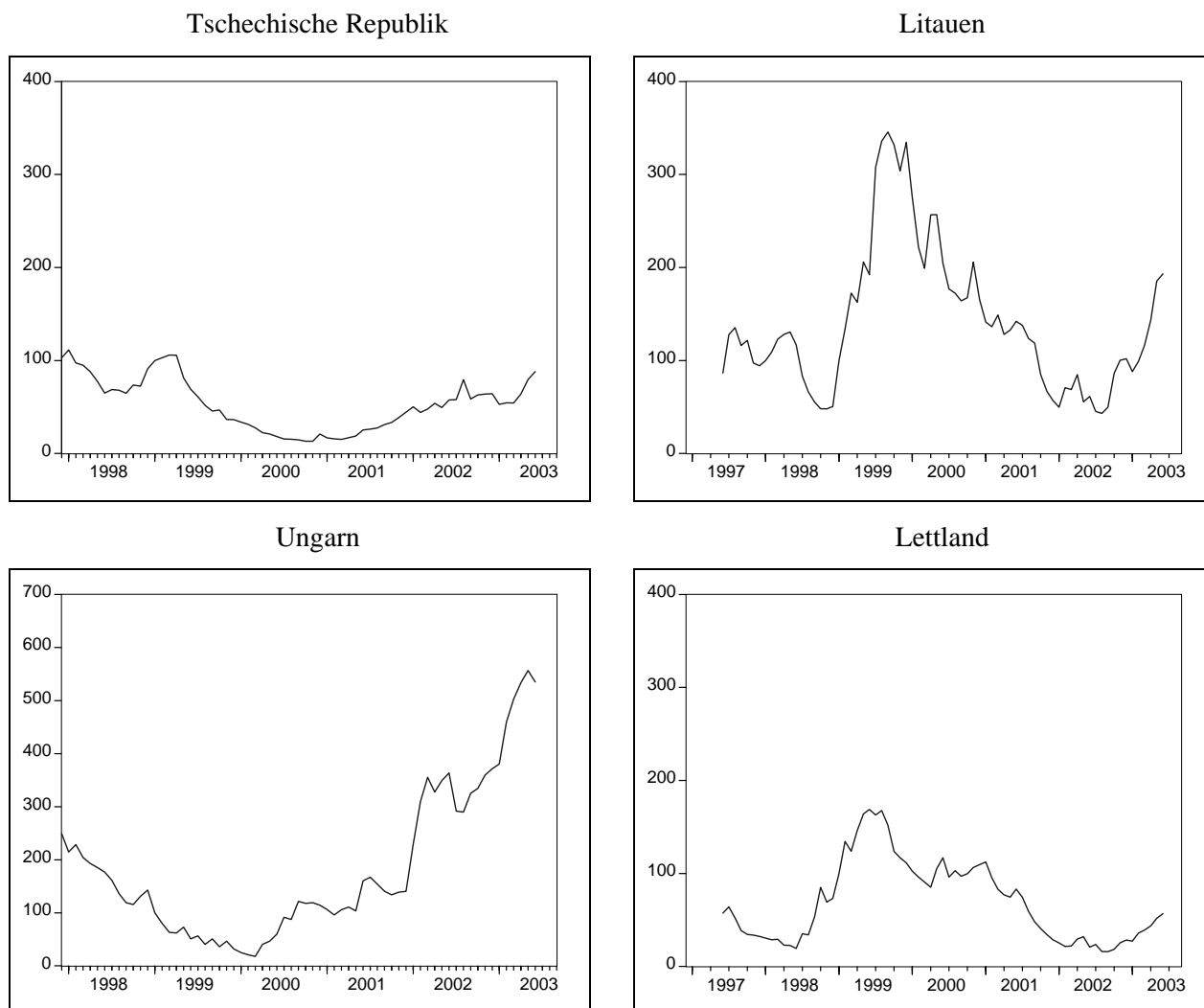
Die aktuelle Analyse der IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen signalisiert ein Ende der bisherigen Entspannungstendenz in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Im zweiten Quartal 2003 stieg das Risikopotenzial für Finanzkrisen in fast allen Ländern dieser Region an. Die bisher positiven Tendenzen drohen ins Stocken zu geraten. Die Ursachen hierfür liegen in erster Linie im geld- und währungspolitischen Bereich. Die Fiskalpolitik erscheint insbesondere in Kroatien, Polen und der Tschechischen Republik problematisch. Im Gegensatz dazu zeichnet sich Bulgarien durch eine stabile makroökonomische Lage aus, die in diesem Beitrag eingehender dargelegt wird.

Risikopotenzial gestiegen

Das IWH beobachtet regelmäßig die Entwicklung von makroökonomischen Indikatoren in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern¹⁵, die beim Ab-

¹⁵ Zur Untersuchungsmethode vgl. BRÜGGEMANN, A.; LINNE T.: Die Bestimmung des Risikopotentials von Finanzkrisen anhand eines Frühwarnindikatorensystems. Eine Untersuchung der EU-Beitrittskandidatenländer und ausgewählter Staaten Mittel- und Osteuropas. Schriften des IWH. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden, 2002. Band 13. Vgl. auch BRÜGGEMANN, A.; LINNE T.: Unterschiedliche Risikopotenziale für Währungsturbulenzen in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1999, S. 8-12.

Abbildung 1:
Verlauf des Risikoindikators für ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder



Anmerkung: Ein Anstieg des Indikators bedeutet eine Erhöhung des Risikopotentials für eine Finanzkrise. Der Indikator ist normalisiert, wobei 1999:1 = 100 ist.

Quelle: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

weichen von einem landesspezifischen Trend ein Warnsignal vor Risiken auslösen. Auf diese Weise können frühzeitig Anzeichen von Fehlentwicklungen erkannt und so drohenden Finanzkrisen durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen begegnet werden.

Die aktuelle Untersuchung der Frühwarnindikatoren stützt sich auf Beobachtungen aus dem Zeitraum von Januar 2002 bis Juni 2003. Der Gesamtindikator verzeichnet in fast allen Ländern einen Anstieg des Risikopotenzials für Finanzkrisen am aktuellen Rand (vgl. Abbildung 1). Der Grund für den Anstieg liegt in erster Linie im geld- und währungspolitischen Bereich (siehe Tabelle 1).

Ausgenommen von dieser Entwicklung sind lediglich Bulgarien und Polen. In diesen beiden Ländern sank das Risikopotenzial während der Untersuchungsperiode. In Ungarn gibt es ein schwaches Zeichen, das Hoffnungen auf eine Verbesserung der Situation weckt. Der Gesamtindikator stieg nur noch in den Monaten April und Mai weiter, im Juni sank er leicht. Aufgrund der Entwicklungen in den makroökonomischen Größen des Landes kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass dieser Rückgang dauerhaft bleibt. Vielmehr ist er als Zufallsschwankung anzusehen.

Bei den realwirtschaftlichen Indikatoren – Entwicklung der Exporte, der Importe und der Indust-

Tabelle 1:

Entwicklung der Risikoindikatoren für ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder

	Kredit-/ Einlagen- zins	Budget- defizit	Ex- porte	Im- porte	Realer Wechsel- kurs	Industrie- produk- tion	Inlän- dische Kredite/ BIP	Geld- menge/ Devisen- reserven	Geld- mengen- multi- plikator	Devi- sen- reser- ven	Kurzfr. Auslands- verschul- dung	Bank- ein- lagen
Ungarn	●	⊗	●		⊗	⊗	⊗	●		⊗		
Polen	●	●	⊗		⊗	⊗		⊗		⊗		
Slowakei	●	⊗	⊗		⊗	⊗	⊗		⊗		⊗	
Kroatien	●		⊗		⊗	⊗	●					
Rumänien	●	⊗		⊗		⊗	⊗	⊗	⊗			
Tschechien	●	⊗	⊗		⊗	⊗	⊗					
Estland	●		⊗			⊗		⊗	⊗	⊗		
Litauen	●					⊗	●	⊗				
Slowenien	⊗	⊗		●		⊗	⊗					
Lettland	⊗					⊗	●	⊗		⊗		
Bulgarien				⊗			⊗	⊗	⊗		⊗	

● = der Indikator sendete mehrere Signale während des Betrachtungszeitraumes (starkes Signal); ⊗ = der Indikator sendete eine geringe Anzahl von Signalen während des Betrachtungszeitraumes (schwaches Signal); – Kein Eintrag bedeutet, dass der Indikator während des Betrachtungszeitraumes kein Signal sendete.

rieproduktion – hat sich die Verbesserungstendenz des letzten halben Jahres in den meisten Ländern fortgesetzt. Im zweiten Quartal 2003 konnten kaum Anzeichen für anomale Entwicklungen beobachtet werden. Als problematisch stellten sich dagegen weiterhin die Importe in Bulgarien, Rumänien und Slowenien dar. In Ungarn entwickelten sich die Exporte trotz der Korrektur der bisherigen realen Aufwertungstendenz gegenüber dem Euro sehr schwach. Dies könnte das Ergebnis der anhaltenden Wachstumsschwäche in der Europäischen Union, insbesondere in Deutschland, sein. Die Europäische Union ist für Ungarn der wichtigste Handelspartner. Etwa 75% der ungarischen Exporte fanden hier im Jahre 2002 ihren Absatz. Die Industrieproduktion entwickelte sich im letzten Halbjahr durchweg positiv. Dies deutet auf eine Wiederbelebung hin, nachdem die Wachstumsraten 2002 rückläufig waren. In Estland leuchtete der Indikator der Industrieproduktion im April 2003 als Folge eines außerordentlich hohen, eher als Ausreißer zu interpretierenden, Vorjahreswertes auf.

Nachdem sich die Lage der öffentlichen Finanzen in der Region zum Jahresanfang entspannte, stiegen die Defizite in Polen und der Tschechischen Republik im letzten Quartal der Untersuchungsperiode erneut stark an. In Kroatien wurde der Schwellenwert des Budgetdefizits seit Ende 2001 nicht mehr überschritten. Das Signal leuchtete erst im Juni 2003 wieder auf.

Die realen Wechselkurse gegenüber dem Euro werteten aufgrund sinkender Inflationsraten und leichter nominaler Abwertungstendenzen bei den meisten Währungen nur moderat auf. Nur in der Slowakei verschlechterte sich die Wettbewerbsposition der inländischen Produkte durch eine fortdauernde einschneidende reale Aufwertung gegenüber dem Euro weiter. Die realen Wechselkurse gegenüber dem Dollar hingegen werteten bei fast allen Währungen deutlich auf. Ein wesentlicher Grund hierfür kann in der nominalen Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar in dieser Periode liegen. Diese Entwicklung trug mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien zu einem Anstieg des Gesamtindikators bei.

Kasten:

Die verwendeten Variablen im Signalansatz^a

Fiskalpolitik

Budgetdefizit (+):

Das an dem Bruttoinlandsprodukt gemessene Budgetdefizit steigt vor dem Ausbruch einer Währungskrise an.

Geldpolitik

Geldmengenmultiplikator (+):

Der Indikator steigt oftmals im Zuge einer Liberalisierung des Bankensektors an. Die Finanzmarktliberalisierungen erhöhen das Risiko für Währungskrisen.

Inländische Kredite/BIP (+):

Der Indikator steigt vor Ausbruch einer Bankenkrise deutlich an. Dies wird durch die Liberalisierung des Bankensektors ermöglicht.

Bankensektor

Bankeinlagen (-):

Das Misstrauen der privaten Einleger gegenüber der Stabilität des Bankensektors äußert sich typischerweise in einem Abzug der Einlagen bereits vor Ausbruch einer Bankenkrise.

Leistungsbilanz

Realer Wechselkurs (-):

Vor dem Ausbruch von Währungs- und Bankenkrisen ist der reale Wechselkurs relativ zum Trend überbewertet. Dies wirkt sich negativ auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen aus.

Exporte (-):

Im Vorfeld von Währungskrisen ist mit deutlich rückläufigen Exportwachstumsraten wegen der realen Überbewertung der heimischen Währung zu rechnen.

Importe (+):

Die reale Überbewertung der heimischen Währung begünstigt die Importe.

Kapitalbilanz

Devisenreserven (-):

Die Devisenreserven nehmen vor einer Finanzkrise durch Interventionen der Zentralbank zur Stützung der heimischen Währung deutlich ab.

Geldmenge/Devisenreserven (+):

Der Indikator zeigt einen deutlichen Anstieg im Vorfeld von Finanzkrisen.

Kurzfristige Auslandsverschuldung (+):

Der Anstieg der kurzfristigen Auslandsverschuldung kann auf zunehmende Probleme des Landes, längerfristige Kredite aufgrund eines gestiegenen Risikos zu erhalten, zurückgeführt werden.

Binnenwirtschaftliche Indikatoren

Industrieproduktion (-):

Eine Abschwächung des Wachstums der Industrieproduktion begünstigt in der Tendenz den Ausbruch von Währungskrisen.

Kredit-/Einlagezinsen (+):

Typischerweise steigt das Verhältnis von Kredit- und Einlagezinsen im Vorfeld von Bankenkrisen an, weil die Banken auf eine Zunahme der Kreditrisiken mit einer Anhebung der Kreditzinsen reagieren.

^a Eine ausführlichere Beschreibung der Indikatoren findet sich in Brüggemann, A.; Linne T.: Die Bestimmung des Risikopotenzials von Finanzkrisen anhand eines Frühwarnindikatorensystems, a. a. O., S. 25-26.

Bei den Indikatoren der Geldpolitik zeigten sich insbesondere in Lettland, Litauen und Rumänien Probleme. In diesen Ländern hat sich die Deckungsrate der inländischen Geldmenge durch Währungsreserven auch am aktuellen Rand weiter verschlechtert. Nur in Lettland spielte hierbei zudem die Schrumpfung der Währungsreserven eine Rolle. In Rumänien erhöhte sich der Geldmengenmultiplikator weiter. Die starke Expansion der

Geldmenge begründet sich hier durch eine deutliche Belebung der privaten Kreditvergabe durch Banken. Die Ausweitung der inländischen Kredite führte auch in Lettland und Litauen zur Geldmengenexpansion. In der Tschechischen Republik und in Ungarn trat diese Begleiterscheinung einer starken Kreditexpansion zwar auch auf, doch blieb sie unterhalb des Schwellenwertes.

Ein starker Effekt auf den Gesamtindikator geht immer noch von dem relativen Zinsdifferential aus. Nur in Bulgarien und Lettland erhöhte dies den Gesamtindikatorwert nicht. Der Zinsindikator soll die Erhöhung von Kreditausfallrisiken signalisieren, welche die Banken über eine Anhebung der Kreditzinsen abzudecken suchen. Die Daten aus allen Ländern der Region zeigen jedoch eine Fortsetzung der Tendenz zu niedrigeren Zinsniveaus. Hierbei sanken sowohl Kredit- wie auch Einlagenzinsen ohne eine Verringerung deren Abstandes (des absoluten Zinsdifferentials). Letzterer blieb über die Untersuchungsperiode hinweg nahezu konstant. Dies deutet darauf hin, dass die strukturellen Probleme des Bankensektors in der Region bei weitem noch nicht gelöst sind, sie scheinen sich jedoch auch nicht weiter zu verschärfen.¹⁶ Nur in Ungarn erhöhte sich das Zinsniveau in den letzten 4 Monaten. Hinter dieser Entwicklung standen die Interventionen der Zentralbank durch Verkäufe von Euro-Währungsbeständen, welche die Währungsreserven und die Geldmenge senkten. Nachdem im Juni 2003 der Leitzinssatz um insgesamt 3 Prozentpunkte angehoben wurde, konnte ein weiterer Anstieg des Zinsniveaus auf den Märkten festgestellt werden. Das Zinsdifferential zeigte einige Volatilität, jedoch ohne eindeutigen Trend.

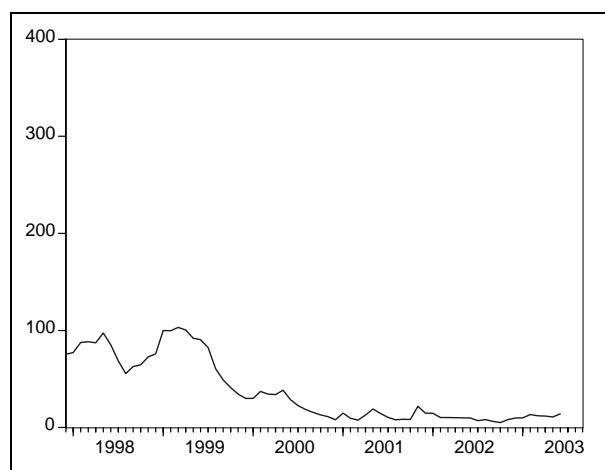
Weitere Entspannung in Bulgarien

Bulgarien war neben Polen das einzige Land, das seine Krisenanfälligkeit gemessen an den IWH-Frühwarnindikatoren während der Untersuchungsperiode insgesamt senken konnte (vgl. Abbildung 2). Der tiefste Stand des Gesamtindikators für ein Krisenrisiko wurde im Oktober 2002 erreicht. In diesem und in dem Vormonat lag keiner der Indikatoren über seinem Schwellenwert. Seitdem ist zwar der Gesamtindikator wieder leicht angestiegen. Das insgesamt positive Gesamtbild hat sich aber durch diese Entwicklung nicht geändert.

Die bulgarische Ökonomie zeichnet sich weiterhin durch eine stabile makroökonomische Lage aus (vgl. Tabelle 2). Die bulgarische Wirtschafts-

leistung weist seit mehreren Jahren ein robustes Wachstum auf, das weit über dem EU-Durchschnitt liegt. Dieses Wachstum kann nur durch politische Instabilitäten gefährdet werden. Und diese Gefahr besteht, da es der amtierenden bulgarischen Regierung nicht gelungen ist, ihre Wahlversprechungen einzuhalten. Dies unterminiert nicht nur ihre Popularität, sondern auch ihr Stimmengewicht im Parlament, was die Durchsetzung weiterer notwendiger Reformen erheblich erschweren wird. Politische Unsicherheiten könnten im schlimmsten Fall selbst bei gesunden Fundamentaldaten Währungskrisen auslösen.

Abbildung 2:
Verlauf des Risikoindikators in Bulgarien



Anmerkung: Ein Anstieg des Indikators bedeutet eine Erhöhung des Risikopotentials für eine Finanzkrise. Der Indikator ist normalisiert, wobei 1999:1 = 100 ist.

Quelle: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

Im März 2003 kehrte der Staatshaushaltssaldo von einem Defizit in einen Überschuss um. Hieran änderte sich bis August 2003 nichts. Die Auswirkungen der geplanten Erhöhung des steuerfreien Mindestlohns um 9% und die Senkung des Einkommenssteuersatzes von 15% auf 12% werden sich jedoch erst ab September 2003 bemerkbar machen.

Die Inflation konnte in den letzten Jahren auf ein niedriges Niveau gedrückt werden. Im August 2003 lagen die Verbraucherpreise lediglich 3,5% über deren Vorjahresniveau. Die durchschnittliche Inflationsrate betrug 1,5%. Als Ergebnis wurde die reale Aufwertung des bulgarischen Lewas, dessen nominaler Wechselkurs zum Euro durch ein

¹⁶ Vgl. MILE, I.: IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Risikopotenziale weiterhin gering, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2003, S. 247-251.

Tabelle 2:
Makroökonomische Indikatoren Bulgariens

	2000	2001	2002	2003	2004
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung in %)	5,4	4,1	4,8	4,1 ^a	5,0 ^c
Verbraucherpreise (Veränderung in %)	10,3	7,4	5,8	1,5 ^b	3,5 ^c
Staatshaushaltssaldo (in % zum BIP)	-0,7	-1,4	-0,8	0,9 ^b	--
Leistungsbilanzsaldo (Mio. US-Dollar)	-704	-842	-679	-983 ^a	--
Leistungsbilanzsaldo (in % zum BIP)	-5,6	-6,2	-4,4	-4,3 ^b	--
Exporte (Veränderung in %)	20,4	6,0	11,3	--	--
Importe (Veränderung in %)	18,0	11,6	8,9	--	--
Industrieproduktion (Veränderung in %)	8,2	1,6	0,6	--	--
Geldmenge (M1) (Mio. BGN)	3 976,3	4 883,8	5 542,7	6 054,3 ^c	--
Währungsreserven (Mio. US-Dollar)	3 154,9	3 289,6	4 406,8	5 136,9 ^d	--
Inländische Kredite (Mio. BGN)	4 820,1	6 051,1	7 704,4	8 279,5 ^d	--
Kreditzinsen (p. a., Ende der Periode)	12,2	13,2	10,2	7,8 ^e	--
Einlagenzinsen (p. a., Ende der Periode)	3,3	3,4	3,2	3,2 ^e	--
Brutto-Auslandsverschuldung (Mio. US-Dollar)	11 201,8	10 618,7	11 227,6	--	--

a = 1-2. Quartal, b = Januar bis August, c = Prognose des IWH, d = Juli 2003, e = August 2003.

Quellen: WIIW; Nationales Statistisches Institut; Bulgarische Nationalbank; Bulgarisches Finanzministerium; IWF.

Currency board festgeschrieben ist, gegenüber dem Euro aber auch dem Dollar erheblich verlangsamt.

Im Gegensatz zu den allgemein positiven Entwicklungen verschlechterte sich jedoch die Leistungsbilanz. Der Grund hierfür liegt nicht in der Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der bulgarischen Produkte, denn die Exporte entwickelten sich dynamisch. Aber auch die Importe nahmen 2003 kräftig zu, sodass dieser Indikator aufleuchtete. Triebkraft für die Importsteigerung war nicht nur die Nachfrage nach ausländischen Konsumgütern, sondern auch Importe von Rohstoffen und der gestiegene Ölpreis. Die Zunahme der Importe überkompensierte die Dynamik der Exporte.

Im monetären Bereich zeigten die Frühwarnindikatoren eine starke Ausweitung der Kreditgewährung durch inländische Banken an. Dies führte auch zu einer Beschleunigung der Geldmengenerweiterung und zu einer Erhöhung der Geldmenge.

Der Internationale Währungsfond sieht darin dennoch keine Gefährdung der Stabilität des bulgarischen Bankensystems.¹⁷

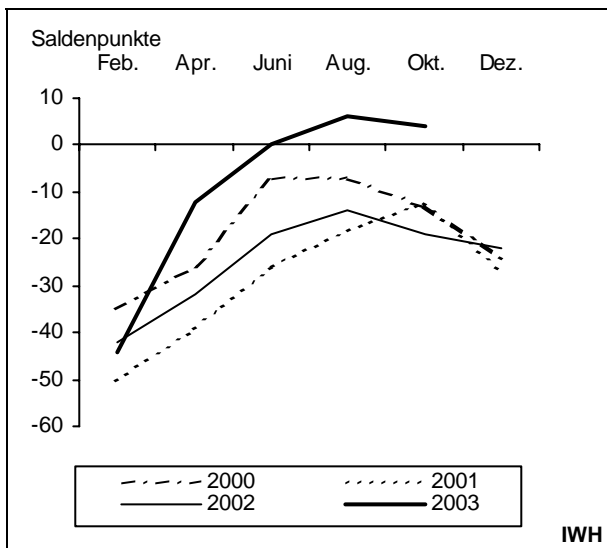
Ibolya.Mile@iwh-halle.de

¹⁷ Vgl. Bulgaria: Third Review under the Stand-by Arrangement and Request for Waiver of Applicability of Performance Criteria, IMF Country Report No. 03/206, Washington, 2003.

Ostdeutsches Baugewerbe im Oktober 2003: Lage noch gut, Erwartungen stark zurückgeschraubt

Im Oktober 2003 hat sich das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe saisonbedingt abgekühlt. Allerdings meldeten die ca. 300 vom IWH befragten Bauunternehmen nochmals einen überwiegend positiven Stand der laufenden Geschäfte, bei dem auch das vergleichbare Vorjahresniveau deutlich überschritten wird. Die Urteile zu den Geschäftsaussichten, die bis in das erste Quartal des kommenden Jahres reichen, sind dagegen erheblich zurückgeschraubt worden und erreichen nun fast wieder das sehr niedrige Niveau vor Jahresfrist.

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



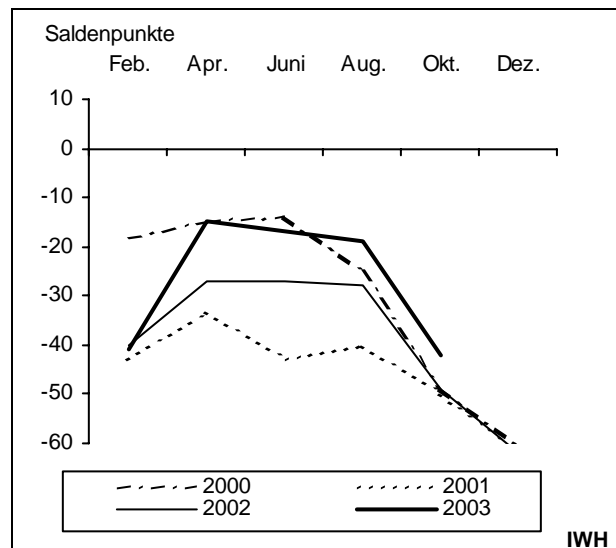
Quelle: IWH-Bauumfragen.

Die um 23 Saldenpunkte günstigere Bewertung der Geschäftslage im Vergleich zum Vorjahr ist wegen dem vermehrten Ausscheiden von insolventen Unternehmen zwar etwas überzeichnet. Sie bleibt aber – eliminiert man rechnerisch deren Einfluss – mit 17 Saldenpunkten noch erheblich. Die Stimmungsverbesserung kommt vor allem aus dem Hoch- und Tiefbau. Hier stimulieren Großprojekte im öffentlichen Tiefbau sowie bei Bahn und Post, die bis in den Herbst hineinreichen. Im Hochbau scheint die Aufhellung zudem ein Reflex auf die Diskussion um die Kürzung der Wohnungsbauförderung zu sein. Partiiell profitiert davon auch das Ausbaugewerbe. Mitverantwortlich für die etwas günstigere Darstellung der Geschäftslage dürfte

ferner der nachlassende Preisdruck bei den Unternehmen sein. Nach sechs Jahren Rückgang sind die Preise auf dem ostdeutschen Bauparkt seit dem Spätsommer letzten Jahres leicht aufwärtsgerichtet. Trotz rezessiver Gesamtlage am Bau konnten die Betriebe wohl wegen gestiegener Nachfrage im Zusammenhang mit der Beseitigung der Flutschäden teilweise höhere Preise erzielen. Dies zeigt sich besonders deutlich im öffentlichen Bau und im Wohnungsbau.

Angesichts der zukünftig wieder zum Tragen kommenden strukturellen Anpassungsprobleme ist

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

es nicht verwunderlich, dass die Unternehmen ihre Erwartungen für die nächsten Monate stark zurücknehmen. Lässt man die Antworten der ausgeschiedenen Unternehmen unberücksichtigt, wird die zukünftige Entwicklung sogar ähnlich skeptisch eingeschätzt wie vor Jahresfrist. Mit etwa drei Viertel negativer Urteile stellt sich die Situation besonders kritisch im Hoch- und Ausbau dar. Im Stimmungsbild der Unternehmen werden sich wohl auch der erwartungsgemäß wieder zunehmende Kostendruck bei nicht mehr steigenden Preisen und die damit zusammenhängenden Liquiditätsprobleme niedergeschlagen haben.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Tabelle :

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – Oktober 2003

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Okt 02	Aug 03	Okt 03	Okt 02	Aug 03	Okt 03	Okt 02	Aug 03	Okt 03	Okt 02	Aug 03	Okt 03	Okt 02	Aug 03	Okt 03
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	12	14	19	29	39	33	46	36	35	14	11	13	-19	6	4
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	9	13	17	29	40	36	47	37	32	15	11	15	-24	6	6
darunter ^b															
Hochbau	6	10	14	27	38	35	49	39	37	18	13	15	-35	-4	-3
Tiefbau	13	15	21	36	43	39	41	37	27	11	6	13	-3	15	19
Ausbaugewerbe	19	17	21	27	36	28	43	36	43	11	11	9	-8	6	-3
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	23	14	24	27	40	33	33	27	28	18	19	16	-1	9	13
20 bis 249 Beschäftigte	9	14	16	26	39	33	53	40	38	13	8	12	-31	6	-1
250 und mehr Beschäftigte	0	25	25	80	25	50	20	50	25	0	0	0	6	0	50
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	7	11	20	34	34	27	42	39	39	17	15	13	-19	-9	-5
Neugründungen	4	17	14	36	44	42	52	30	25	8	9	20	-20	22	11
Bauhandwerk	15	11	17	26	41	35	46	39	38	14	9	10	-19	4	3
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	7	12	10	18	29	19	52	45	49	22	15	22	-49	-19	-42
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	5	11	9	15	29	20	56	45	48	23	15	23	-59	-20	-43
darunter ^b															
Hochbau	3	9	5	14	24	16	54	47	55	29	19	24	-65	-34	-57
Tiefbau	6	12	12	18	37	26	59	44	43	18	8	19	-52	-3	-26
Ausbaugewerbe	13	13	10	25	27	18	42	46	51	20	14	21	-25	-19	-44
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	13	12	10	18	31	19	41	40	49	28	18	22	-37	-15	-40
20 bis 249 Beschäftigte	6	13	8	16	25	20	57	50	49	22	13	23	-57	-26	-45
250 und mehr Beschäftigte	0	0	25	60	100	25	40	0	50	0	0	0	20	100	0
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	3	11	17	16	37	20	59	27	40	22	24	23	-60	-3	-27
Neugründungen	9	13	2	27	34	34	44	43	39	20	9	26	-28	-4	-29
Bauhandwerk	8	9	6	18	25	18	51	53	54	24	13	21	-50	-32	-51

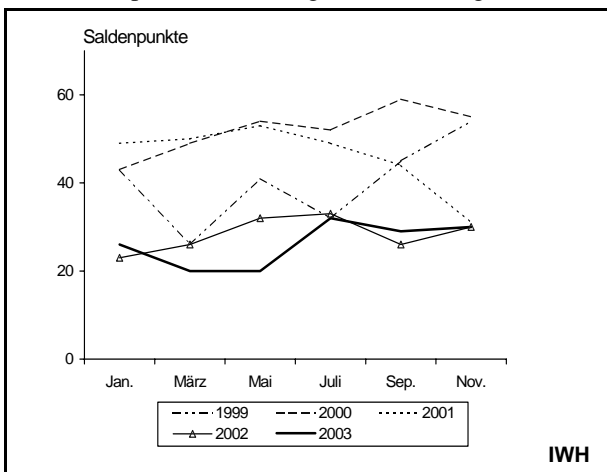
^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

IWH-Industrienumfrage im November 2003: Einschätzung von Lage und Aussichten der Geschäfte in der ostdeutschen Industrie weiterhin gespalten

Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich im November 2003 laut IWH-Umfrage unter rund 300 Unternehmen erneut verbessert. Die Aufhellung beruht aber allein auf den günstigeren Urteilen zu den geschäftlichen Aussichten, während die Einschätzung der Geschäftslage nahezu unverändert geblieben ist. Die Lagebeurteilung fällt sogar schlechter als im September aus, wenn allein die Teilnehmer an beiden Umfragen berücksichtigt werden. Dagegen stieg die Bewertung der Geschäftsaussichten seit März 2003 deutlich an und liegt weit über den Einschätzungen vor einem Jahr. Insgesamt scheint sich ein Aufwärtstrend herauszubilden.

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

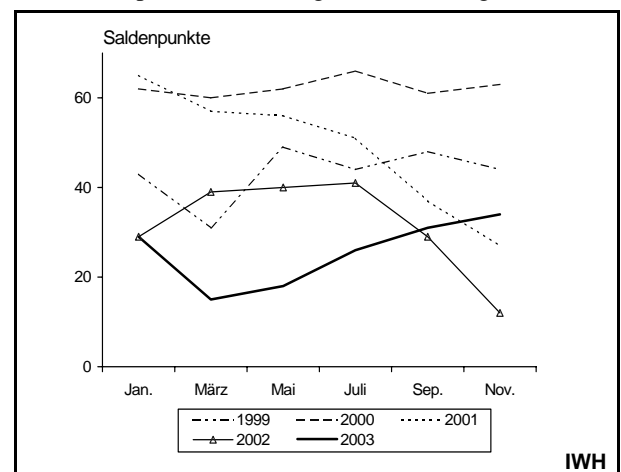


Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Der Saldo der positiven und negativen Meldungen zur aktuellen *Geschäftslage* hat sich gegenüber September kaum verändert und liegt auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahresmonat. Der Saldo zu den *Geschäftsaussichten* für die kommenden Monate erhöhte sich um 3 Prozentpunkte. Er überflügelte die Einschätzungen vom November vergangenen Jahres um 22 Punkte. Ebenso wie bei der Geschäftslage beurteilen zwei Drittel der Unternehmen die Zukunftsaussichten mit mindestens „eher gut“, 4% halten sie aber für „schlecht“.

Auch unter Beachtung von Saisoneinflüssen fallen die Bewertungen in fast allen Hauptgruppen besser aus als in der vorangegangenen Umfrage. Die Ausnahme bilden die Hersteller von Investitionsgütern, die ihre Situation wiederholt schlechter beurteilen als zuvor. Hier wirkt wohl noch die Investitionszurückhaltung der Unternehmen infolge der unsicheren konjunkturellen Situation. Der Fahrzeugbau sieht seine Lage unverändert schlecht und vor allem die zukünftige Entwicklung deutlich eingetrübt. Seine Urteile liegen auch unter dem Niveau der Wertungen vor Jahresfrist. Die vorübergehende Erholung im Maschinenbau ist unterbrochen, und die Produzenten sehen nunmehr sowohl

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen.

ihre Lage als auch die Zukunftsaussichten in einem schlechteren Licht als noch im September.

Dagegen fallen die Einschätzungen der Hersteller von Konsumgütern eindeutig besser aus. Hier schlagen die positiven Urteile der Nahrungsgüterproduzenten in Erwartung eines guten Weihnachtsgeschäftes durch, während bei den Herstellern von Bekleidung und Möbeln nach wie vor Pessimismus vorherrscht.

Baerbel.Laschke@iwh-halle.de

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie – November 2003

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Nov 02	Sept 03	Nov 03	Nov 02	Sept 03	Nov 03	Nov 02	Sept 03	Nov 03	Nov 02	Sept 03	Nov 03	Nov 02	Sept 03	Nov 03
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	24	22	23	41	43	43	28	30	31	7	6	4	30	29	30
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	22	16	17	39	49	50	32	27	29	7	8	5	20	30	33
Investitionsgüter	18	24	22	43	39	40	30	29	33	9	8	6	22	27	23
Ge- und Verbrauchsgüter	32	28	32	42	37	35	22	34	31	4	1	2	48	30	34
dar.: Nahrungsgüter	36	32	36	38	41	41	19	27	22	6	0	1	49	45	53
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	18	25	24	29	38	35	36	26	31	17	10	10	-5	27	18
50 bis 249 Beschäftigte	28	21	23	44	45	48	26	29	26	3	6	3	43	31	42
250 und mehr Beschäftigte	24	26	24	45	41	35	26	33	41	5	0	0	38	33	19
Statusgruppen															
Privatisierte Unternehmen	23	20	21	44	45	45	27	30	32	6	5	3	34	31	32
darunter:															
Westdt./ausl. Investoren	24	18	20	46	41	47	28	37	32	2	3	1	40	20	34
Management-Buy-Outs	19	17	21	47	59	39	22	23	39	12	1	1	33	53	19
Reprivatisierer	24	27	26	33	42	38	33	20	26	10	11	10	14	38	28
Neugründungen	28	28	29	32	35	39	31	31	26	9	6	7	20	27	35
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	19	18	16	37	47	51	38	31	29	6	3	4	12	31	34
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	14	15	11	38	49	57	40	31	28	8	5	4	4	29	36
Investitionsgüter	17	16	17	40	53	49	36	26	28	7	5	5	15	38	33
Ge- und Verbrauchsgüter	26	23	22	34	40	44	36	36	31	4	1	3	20	27	32
dar.: Nahrungsgüter	30	27	29	32	43	49	32	30	22	6	0	0	23	41	56
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	11	14	13	27	45	43	47	33	36	15	8	8	-25	18	12
50 bis 249 Beschäftigte	24	21	18	39	49	58	34	28	21	3	3	3	26	39	52
250 und mehr Beschäftigte	17	18	19	44	47	43	34	34	38	5	0	0	22	32	24
Statusgruppen															
Privatisierte Unternehmen	18	16	15	43	48	52	33	33	30	6	3	4	22	28	34
darunter:															
Westdt./ausl. Investoren	19	16	13	47	45	59	32	37	27	2	2	1	31	22	44
Management-Buy-Outs	15	11	16	40	61	52	32	28	27	13	0	6	10	45	35
Reprivatisierer	14	26	18	41	42	31	38	20	41	7	13	10	10	35	-2
Neugründungen	22	23	19	20	45	52	49	28	24	9	4	5	-16	37	42

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für November 2003 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 93 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Wirtschaft im Wandel

15/2003

Zweiter Fortschrittsbericht
wirtschaftswissenschaftlicher
Forschungsinstitute
über die wirtschaftliche Entwicklung
in Ostdeutschland
– Kurzfassung –
DIW Berlin, IAB, IfW, IWH, ZEW

Sonderhefte

6/2003

Stellung und Perspektiven
Sachsen-Anhalts
in der New Economy
204 Seiten, September 2003,
Preis: 10,00 Euro
ISBN 3-930963-77-9

5/2003

Evolving Structural Patterns
in the Enlarging European Division
of Labour:
Sectoral and Branch Specialisation
and the Potentials for Closing
the Productivity Gap
85 Seiten, August 2003, Preis: 15,00 Euro
ISBN 3-930963-76-0

4/2003

Neuere Anwendungsfelder
der Input-Output-Analyse
in Deutschland
– Tagungsband –
192 Seiten, April 2003, Preis: 20,00 Euro
ISBN 3-930963-75-2

Schriften des IWH

(Bestellungen bei der
Nomos-Verlagsgesellschaft)

Jutta Günther

Das Zustandekommen von
Technologie-Spillovers durch
ausländische Direktinvestitionen

Band 14, 182 Seiten, 1. Auflage 2003,
Preis: 38,00 Euro, ISBN 3-8329-0429-8

Impressum

Herausgeber:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Präsident: Professor Dr. Dr. h. c. Rüdiger Pohl

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 77 53 701
Telefax: (0345) 77 53 820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Redaktion: Dr. Manfred Packeiser
(Manfred.Packeiser@iwh-halle.de)

Layout: Ingrid Dede
Telefon: (0345) 77 53 720/721
Telefax: (0345) 77 53 718

Erscheinungsweise: 16 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,60 Euro
Jahresbezug 31,00 Euro
(zuzüglich Versandkosten)

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck: Druckhaus Schütze GmbH
Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 56 666-0

Wirtschaft im Wandel, 9. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. Dezember 2003

ISSN 0947-3211

**Gesamtübersicht
der IWH-Publikationen unter:
<http://www.iwh-halle.de>**